

Gemeinde Am Mellensee

Der Bürgermeister

Verwaltungsvorlage

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Amt/Aktenzeichen Kämmerei	Datum 18.10.2016	Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)
------------------------------	---------------------	--

Beratungsfolge:	Sitzungstermin:
Finanz-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss	28.11.2016
eingebracht von: Kämmerei	

Betreff:

Verfahrensweise zur Neuregelung der Umsatzsteuerpflicht bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt als juristische Person des öffentlichen Rechts nach § 27 Abs. 22 Satz 3 UStG die Möglichkeit, gegenüber dem örtlich zuständigen Finanzamt zu erklären, dass § 2 Abs. 3 UStG in der am 31. Dezember 2015 geltenden Fassung für sämtliche nach dem 31. Dezember 2016 und vor dem 1. Januar 2021 ausgeführten Leistungen weiterhin angewendet wird.

Beratungsergebnis:

Gremium Gemeindevertretung						Sitzung am: 07.12.2016	TOP:
<input type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmenmehrheit	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltg.	<input type="checkbox"/> Laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Abweichender Beschluss
Vermerk wegen Mitwirkungsverbot (§ 22 BbgKVerf.)							
Beschluss-Nr. / /							
Schriftführer						Vors.d.Gemeindevertretung	

Durch das Steueränderungsgesetz 2015 wird die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand in wesentlichen Punkten neu geregelt. Der bisherige weitest gehende Gleichlauf zwischen der ertragsteuerlichen und umsatzsteuerlichen Beurteilung der Betätigung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts wird an vielen Stellen aufgegeben; der Umfang der umsatzsteuerrelevanten Tätigkeiten wird dabei tendenziell ausgeweitet. Die Anwendung der Neuregelungen im Umsatzsteuerrecht ist für alle juristischen Personen des öffentlichen Rechts mit einem erheblichen Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden. Zunächst ist eine umfangreiche Bestandsaufnahme durchzuführen, der sich eine Prüfung, inwieweit es sich künftig um steuerbare Umsätze handelt, anschließt. Darüber hinaus enthält die gesetzliche Neuregelung viele auslegungsbedürftige Rechtsbegriffe. Hierzu wird ein weiteres Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen erwartet, das für den Herbst 2016 angekündigt ist. Aus den genannten Gründen wird es sicherlich schwierig, die neue Rechtslage mit dem 1. Januar 2017 anzuwenden. Der Landkreis TF gibt aus vorgenannten Gründen die Empfehlung zur Abgabe einer sogenannten "Optionserklärung", da hinsichtlich der erstmaligen Geltung des neuen Rechts den Steuerpflichtigen eine - bis Ende 2016 auszuübende - Wahlmöglichkeit zugebilligt wird.

Die Gemeinde Am Mellensee hat von dieser Wahlmöglichkeit Gebrauch gemacht und die Möglichkeit der Ausübung einer Option bis längstens 31. Dezember 2020 beantragt. Diesem Antrag wurde zugestimmt. Ein Widerruf der Erklärung ist nur mit Wirkung vom Beginn eines auf die Abgabe folgenden Kalenderjahres möglich. Nach Widerruf ist die erneute Abgabe einer Optionserklärung ausgeschlossen.

Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	Produkt
Veranschlagung im Ergebnisplan <input type="checkbox"/> Ja, mit € <input type="checkbox"/> Nein	im Finanzplan <input type="checkbox"/> Ja, mit € <input type="checkbox"/> Nein
Gesamtkosten der Maßnahmen (Beschaffungs-/Herstellungskosten) €	Jährliche Abschreibung <input type="checkbox"/> Ja, mit € <input type="checkbox"/> Nein



 Dezernat

Kämmerei
 zur Kenntnis



 Bürgermeister

Verteiler nach Beschlussfassung: _____

Genehmigungsvermerke: Antrag gestellt/ Liegt vor